



INFO- BRIEF

Nr. 3/2010, (192) 10.02.2010



Schwarzgelb scheitert an der Realität

Noch nie hat sich eine Regierung so schnell ins Ungefähre geflüchtet wie Schwarzgelb. Die „Wunschpartner“ scheitern brutal an der Realität und versuchen durch mediales Dauerfeuer mit immer neuen Vorschlägen davon abzulenken. Westerwelle will gleichzeitig Steuersenkungen und Haushaltskonsolidierung und Konjunkturschub? Und will nicht gewusst haben, dass die Euros sich nicht über Nacht vermehren? Seehofer rechnet Rössler vor, die – in der Tat unsoziale – Kopfpauschale sei nicht zu finanzieren. Warum hat er sie dann im Koalitionsvertrag unterschrieben? Rüttgers will keine Steuersenkungen, die die NRW-Kommunen belasten? So eine wurde – zweimal mit seiner Stimme – aber gerade zum 1. Januar 2010 durchgedrückt und führt zum Bankrott zahlreicher Städte im Westen.

Früher hat man immer gesagt, linke Regierungen hätten schöne Programme, scheiterten aber an der Realität. Bürgerliche Regierungen dagegen beherrschten das Machthandwerk, hätten aber zu wenig Visionen für die Zukunft. Beide Vorurteile hat Schwarzgelb widerlegt. An der Realität gescheitert, werden die Pläne von Schwarzgelb von Tag zu Tag blumiger und ausschweifender. Mittendrin Angela Merkel, deren Regierungsstil, zu warten, bis sie sieht, wo die Mehrheit steht, Deutschland zum völligen Stillstand gebracht hat.

Dabei werden jetzt, am Ende der Krise, die Chancen neu verteilt. Deutschland war viel besser als andere europäische Länder durch die Krise gekommen, weil Peer Steinbrück (Rettungspaket), Olaf Scholz (Kurzarbeitergeld) und Frank-Walter Steinmeier (Konjunkturprogramm) als Fachminister die anerkannt richtigen Entscheidungen trafen. Ob Deutschland auch gut aus der Krise heraus starten kann, ist angesichts des schwarzgelben Chaos fraglich.

- Ulrich Kelber .

Bundesregierung informiert über KfW-Gebäudeprogramme

Die Förderung energetischer Sanierung und energieeffizienter Neubauten durch die KfW-Gebäudeprogramme erreichte 2009 ein neues Rekordvolumen von 8,9 Milliarden Euro. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung (17/490) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/356) hervor. Auch die Nachfrage für Einzelmaßnahmen aus den KfW-Programmen habe 2009 ein Rekordniveau erreicht.

Die privaten Haushalte stellen laut Regierungsangaben die größte Investorengruppe an der Gesamtförderung dar. Seit der Einführung der CO₂-Gebäudesanierungsprogramme konnten insgesamt 7.237.000 Tonnen CO₂ eingespart werden, heißt es weiter. Die Nachfrage nach Energieberatung sei zudem von 12.000 Beratungen im Jahr 2005 auf 40.000 Vor-Ort-Energieberatungen im Jahr 2009 angestiegen. Seit dem Start der KfW-Infrastrukturprogramme im Januar 2007 seien insgesamt 561 Darlehen mit einem Kreditvolumen von 230,8 Millionen Euro zugesagt worden. Diese Kreditmittel nutzten überwiegend die Kommunen und gemeinnützigen Vereine.

Die KfW-Programme seien als lernende Programme angelegt, um diese auf Grundlage von Evaluierungen zu verbessern und zu vereinfachen. Bereits 2009 seien die Programme überarbeitet worden. Derzeit finde erneut eine Prüfung weiterer Maßnahmen zur Verbesserung der Fördereffizienz statt.

THEMEN

SCHEITERN AN DER REALITÄT

SCHLÜSSE AUS DEM URTEIL DES BVG

AUSBILDUNGSFÖRDERUNG

OPTIONSPFLICHT

KOMPAKTINFO 100 TAGE SCHWARZGELB

DIESE WOCHE IM PARLAMENT

Termine

11.02.10, 11 :00 - Bonn

Erstürmung Beueler Rathaus

13.02.10, 11 :30 - Bonn

Prinzenempfang KA Buschdorf

und nachmittags

Karnevalszug Holzlar

14.02.10 09:30 - Bonn

Vierdelszoch und Prinzenempfang in Endenich

15.02.10 12:00 - Bonn

Rosenmontagszug mit der SPD-Fußgruppe

19.02.10, 20:00 - Bonn

Uli vor Ort in Holzlar, Holzlarer Hof

Arbeitsministerin reklamiert Zuständigkeit des Bundes beim Thema Bildungs-Fürsorge

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) bezeichnete das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Hartz-IV-Regelsätzen für Kinder vor dem Ausschuss für Arbeit und Soziales als "wegweisend". Direkt aus Karlsruhe war die Ministerin am Dienstag Nachmittag in den Ausschuss gekommen, um den Parlamentariern von "Karlsruhe in Kurzform" zu berichten und Fragen zu beantworten. Von der Leyen fasste das Urteil in drei "plakative Aussagen" zusammen: Erstens sei das Arbeitslosengeld II in Teilen "verfassungswidrig". Zweitens sei der "große Sieger" des Urteils "das Thema Bildung für Kinder" und drittens habe die Regierung nun bis 31. Dezember 2010 Zeit, die Gesetze entsprechend zu ändern. Die Verfassungsrichter hätten der Politik durchaus "Gestaltungsspielräume" eingeräumt, berichtete die Ministerin, das heiße aber dennoch, dass Politik "konkret und aktuell" sein müsse. Bei den Leistungen für Bedürftige meinten die Richter laut von der Leyen "Geldleistung, Sachleistung und Dienstleistung."



(c) Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

Die Ministerin betonte ausdrücklich, dass das Gericht sowohl die Methodik zur Berechnung der Hartz-IV-Sätze, als auch die dieser zugrunde liegende Einkommens- und Verbrauchsstatistik "vom Grundsatz her für richtig" erachteten. Ausgabenorientiert zu berechnen, sei "korrekt", die Erhöhung der Hartz-IV-Sätze in Anlehnung an die Entwicklung der Rentenwerte sei "nicht in Ordnung", sagte von der Leyen. Zudem sei die derzeitige Vorgehensweise von den Richtern insgesamt als "nicht transparent genug" eingestuft worden. "Deutlich kritisiert" hätten die Richter etwa, dass die Bereiche Bildung und Weiterbildung nicht ausreichend bei den Berechnungen berücksichtigt würden. "Der Bildungszugang darf nicht durch materielle Mängel verwehrt werden", sagte die Ministerin. Auch wenn die Länder grundsätzlich für Bildung zuständig seien, leitete von der Leyen bei der "Fürsorgefrage" auch in Bildungsfragen eine Zuständigkeit des Bundes ab. Wenn es bei "bedürftigen Kindern" etwa um Mittagessen, Taschenrechner oder Nachhilfe gehe, sei der Bund zuständig. Dies bedeute eine "Klarstellung für Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern", betonte die Ministerin. Die Richter hätten moniert, dass es nicht "kindspezifisch" sei, die Kinder-Regelsätze prozentual von den Regelsätzen für Erwachsene abzuleiten, betonte von der Leyen. Bei Härtefällen, etwa wenn ein geschiedener Vater zu seinen weit entfernt lebenden Kindern reisen wolle und sich dies nicht leisten könne, müsste sofort Abhilfe geschaffen werden, berichtete von der Leyen aus Karlsruhe.

Die CDU/CSU-Fraktion betonte, dass "nicht alles, was gemacht worden ist, von Grund auf falsch" sei, dass es aber laut Richterspruch an "Stringenz und Transparenz" mangle. Auch die SPD wies darauf hin, dass es gut sei, wenn es bald einen "eigenständigen Regelsatz für Kinder" geben werde. Es werde "möglicherweise Ausweitungen bei den Zahlungen" geben, was zu mehr Anspruchsberechtigten führen könnte, betonte die SPD. Bündnis 90/Die Grünen regten an, dass neben den Bildungsausgaben auch die Ausgaben für Ernährung unter die Lupe genommen werden sollten. Zudem sollte die Regierung bei den Neuberechnungen der Hartz-IV-Sätze von Ein-Personen-Haushalten auf Mehr-Personen-Haushalte umstellen. Die Linksfraktion kritisierte, dass die Bundesregierung noch im Dezember in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage die Regelsätze als "angemessen und sachgerecht" bezeichnet habe. Die FPD betonte, der heutige Tag sei "kein Ruhmestag für Grüne und die SPD", die schließlich die Hartz-IV-Gesetze gemacht und sich um "Wertungsentscheidungen" herumgedrückt hätten. Im Übrigen hätten die Verfassungsrichter keineswegs gesagt, dass die Regelsätze in ihrer Höhe "evident unzureichend" seien.

Alle angegebenen Drucksachen lassen sich auf der Internetseite des Bundestages finden unter:

http://dip21.bundestag.de/dip21.web/searchDocuments/simple_search.do

Dort einfach die Nr. eingeben

Bundesregierung will Bedarfssätze und Freibeträge der Ausbildungsförderung erhöhen

Die Bundesregierung wird einen Gesetzentwurf zur Anpassung der Bedarfssätze und Freibeträge in der Ausbildungsförderung einbringen. In ihrer Unterrichtung über den 18. Bericht zum Bundesausbildungsförderungsgesetz ([17/485](#)) teilt sie mit, dass der Gesetzentwurf die Sicherung des Förderungsniveaus regeln und Vorschläge für den inhaltlichen Änderungsbedarf im BAföG beinhalten soll. Bei der Berechnung der Ausbildungsförderung halte die Bundesregierung weiterhin am "System der grundsätzlich einkommensabhängigen Sozialleistung" fest. Der Beirat für Ausbildungsförderung begrüßt die Ankündigung der Bundesregierung die Bedarfssätze und Freibeträge im Jahr 2010 zu erhöhen. In seiner Stellungnahme weist er dennoch darauf hin, dass zukünftig gebotene Erhöhungen zeitnah vorzunehmen seien.

Laut Unterrichtung wird die Studienanfängerquote von 370.000 im Jahr 2003 auf voraussichtlich 488.000 im Jahr 2011 ansteigen. Die Anzahl der geförderten Studenten habe sich im Vergleich zu 2007 leicht auf 333.000 im Jahr 2008 erhöht. Damit liege die Gefördertenquote für 2008 bei 24,4 Prozent. Die Zahl der geförderten Schüler sei allerdings 2008 gegenüber dem Vorjahr leicht gefallen. Insgesamt haben im Jahr 2008 82.137 Auszubildende einen Darlehensvertrag mit der KfW Bankengruppe abgeschlossen, heißt es in dem Bericht. Aus den Zahlen über die laufenden Darlehensverträge schließt die Bundesregierung, dass Auszubildende die Darlehen primär in Anspruch nehmen, wenn eine anderweitige Finanzierung nicht oder nur schwer möglich ist.

De Maizière hält gesetzgeberische Aktivitäten bei Optionspflicht für verfrüht

In der Diskussion um mögliche Änderungen bei der sogenannten Optionspflicht im Staatsbürgerschaftsrecht hält Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) es derzeit zu früh für gesetzgeberische Aktivitäten. Dies machte der Ressortchef am Dienstag im Innenausschuss des Bundestages deutlich. Nach der Optionspflicht müssen sich hierzulande geborene Kinder von Ausländern mit Erreichen der Volljährigkeit zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit und der ihrer Eltern entscheiden. Laut schwarz-gelbem Koalitionsvertrag sollen die Erfahrungen mit den ersten Optionsfällen auf möglichen Verbesserungsbedarf überprüft und gegebenenfalls entsprechende Änderungsvorschläge erarbeitet werden.

De Maizière bekräftigte zugleich, dass Integration ein "Megathema" für die deutsche Innenpolitik sei. Er verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass im Haushaltsentwurf eine Erhöhung der Mittel für Integrationskurse vorgesehen sei.

Der Minister stellte zudem klar, dass keine Fusion von Polizei und Zoll geplant sei. Man wolle aber die "Sicherheitsarchitektur" des Bundes untersuchen und etwa prüfen, wo es Doppelarbeit gebe. Dies könne auch zu Veränderungen der betroffenen Behörden führen.

De Maizière sagte ferner zu, einen Bericht zu Fragen der Luftsicherheit vorzulegen, sofern der Ausschuss einen entsprechenden Beschluss fasse. Die Forderung nach einem solchen Bericht war zuvor von der SPD-Fraktion geäußert worden. Sie erkundigte sich in der Ausschusssitzung auch danach, wie Europol weiterentwickelt werden solle.

Die FDP-Fraktion fragte nach, wann die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften im öffentlichen Dienstrecht erfolgen solle. Die Fraktion Die Linke wollte von dem Ressortchef wissen, welche neuen Impulse für den Aufbau Ost nach der Kompetenzverlagerung in das Bundesinnenministerium zu erwarten seien. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zeigte sich erfreut, dass de Maizière Pläne für ein gemeinsames Abhörzentrum von Polizei und Nachrichtendiensten gestoppt habe.

De Maizière verwies in seiner Replik auf die Absicht Deutschlands, Europol zu stärken. Die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften im öffentlichen Dienstrecht soll nach seinen Worten "zügig" vorgelegt werden. Zum Thema Aufbau Ost regte er an, diese Fragen in einer gesonderten Runde zu erörtern

Ulrich Kelber
Bonn
Bundestagsabgeordneter

Büro Berlin:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 700 26
Fax: 030 - 227 760 08
Email: ulrich.kelber@bundestag.de

Büro Bonn:
Clemens-August-Str. 64
53115 Bonn
Tel: 0228 - 280 31 35
Fax: 0228 - 280 31 36
Email:
ulrich.kelber@wk.bundestag.de

... und im Internet
unter
www.kelber.de

Die Texte der Seiten 1-3 stammen vom Pressezentrum des Bundestages und der SPD-Bundestagsfraktion, wenn nicht namentlich gezeichnet.

100 Tage Chaos und Klientelpolitik

Schwarz-Gelb wird zum Risiko für Deutschland

1. **100 Tage Klientelpolitik** – Schwarz-Gelb stellt Lobbywünsche vor das Gemeinwohl und Parteien vor die Interessen des Landes. Die Bundesregierung macht den Staat zur Beute mächtiger Lobbyisten. Union und FDP haben erst die Hand aufgehoben, jetzt bedienen sie die Wünsche. Deshalb stehen sie im Verdacht der Käuflichkeit.
2. **100 Tage Chaos** – Schwarz-Gelb hat das Land in Rekordzeit in ein gefährliches Regierungschaos geführt. Viel Krach, keine Bewegung. Das Kabinett als Kabarett. Vor allem aber: Verantwortungsloses Führungsveragen in zentralen Fragen: Chaos bei Gesundheit, Chaos bei Arbeit, Chaos bei Steuern und Staatsverschuldung.
3. **100 Tage Wähler-Täuschung** – Schwarz-Gelb verschweigt den Menschen die Kosten von Klientelpolitik und Chaos: Steigende Abgaben, Prämien, Gebühren und scharfe soziale Einschnitte für die Masse. Zusatzprämien bei Gesundheit sind erst der Anfang. „Mehr Netto vom Brutto“ wird als „Nettolüge“ in die Geschichte eingehen. Schwarz-Gelb wird teuer. Auch eine Erhöhung der Verbrauchssteuern kann noch kommen.
4. **Wirtschaftliche Lähmung und soziale Spaltung** – Rekordverschuldung und Steuer-senkungen auf Pump, Ruin der Kommunen, Zerschlagung der Job-Center, Gefährdung unseres Gesundheitssystems, keine Beschäftigungs-, keine Investitions-, keine Wachstumsstrategie: Schwarz-Gelb droht Deutschland in wirtschaftliche Lähmung und soziale Spaltung zu führen.

Diese 100 Tage waren mehr als ein Fehlstart. Das war politisches Versagen. Schwarz-Gelb wird zum Risiko für die Zukunft Deutschlands.

Schonzeit vorbei, Enttäuschung groß

Schwarz-Gelb startete mit einem Vertrauensvorschuss, der schon nach 100 Tagen aufgebraucht ist. Die Unzufriedenheit wächst. Inzwischen bescheinigt nahezu jeder zweite Deutsche der Regierung schlechte Arbeit (Politbarometer, 29.01.2010). Und es wird auch klar, woran das liegt: 70% sagen, dass Schwarz-Gelb nicht das Gemeinwohl, sondern nur Einzelinteressen vertritt – auch eine Mehrheit der FDP-Anhänger ist dieser Meinung (64 %).

1. Klientelpolitik

Erst Großspenden, dann Steuerprivilegien

Inzwischen vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Karikaturen und Kommentare Schwarz-Gelb in den Verdacht der Käuflichkeit von Politik rücken. Kein Wunder: Zwischen Oktober 2008 und Oktober 2009 hat die Düsseldorfer Substantia AG **1,1 Millionen Euro an die FDP** überwiesen. Eine der höchsten Spenden in der Geschichte der Partei. Hinter der Substantia AG steht einer der reichsten Deutschen, Baron August von Finck. Die Familie Finck ist Miteigentümerin der Mövenpick-Gruppe, die in Deutschland 14 Hotels betreibt. Auch die CSU wurde vom Finck-Konzern mit Großspenden von mehr als 800.000 Euro bedacht.

Als erste Maßnahme hat Schwarz-Gelb dann die Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen von 19 auf 7 Prozent gesenkt – **ein Steuerprivileg, das 1 Milliarde Euro kostet**, ökonomisch unsinnig ist, neue Bürokratie verursacht und eine Klientel bedient. Die Hotelpreise steigen derweil weiter. Verbraucher haben nichts davon. Wegen des engen Zusammenhangs zwischen Großspenden und Mehrwertsteuerprivileg sprechen Staatsrechtler von einer rechtswidrigen „Zweckspende“. Im Klartext steht der Verdacht der Käuflichkeit im Raum, den Schwarz-Gelb nicht ausgeräumt hat.

Wir fordern FDP und CSU auf, die Spenden zurückzugeben. Die Bundesregierung muss das Steuerprivileg für die Hotellerie rückgängig machen. Die **rasante Kehrtwende von Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen**, wo Jürgen Rüttgers und Andreas Pinkwart aus Angst vor dem Wähler die Rücknahme des Privilegs forderten, offenbart sich als folgenlose Sprücheklopferi. Rüttgers und Pinkwart haben im Oktober dem Koalitionsvertrag und im Dezember dem Mehrwertsteuerprivileg im Bundesrat zugestimmt. Auch jetzt planen sie keine konkreten Schritte gegen das Mehrwertsteuerprivileg. Wir stellen die Rücknahme dieser Fehlleistung im Bundestag zur namentlichen Abstimmung. Dann kann jeder Abgeordnete aus Nordrhein-Westfalen Farbe bekennen.

Der ganze Vorgang ist ein Desaster für die politische Kultur in Deutschland. Erst die Hand aufhalten, dann die Gegenleistung. Man muss fragen: Macht Schwarz-Gelb jetzt dort weiter, wo Union und FDP 1998 aufgehört haben? Sind wir schon wieder auf dem Weg in die Bimbesrepublik? Erinnerungen an den Spendensumpf der Ära Kohl werden wach, der unserem Land schwer geschadet hat und die Gerichte bis heute beschäftigt.

Die Atomlobby regiert wieder

Nach 100 Tagen Schwarz-Gelb macht das Wort von der „Lobbykratie“ die Runde. Tatsächlich sickern nach einem als Routinegespräch deklarierten Treffen der Atomlobby im Kanzleramt Meldungen durch, dass das **Aus für den Atomausstieg** beschlossen ist. Die Laufzeiten aller deutschen Atommeiler sollen verlängert werden. Darunter die 35 Jahre alten Pannen-Reaktoren Neckarwestheim I, der schon mehr als 400 meldepflichtige Störfälle hatte, und Biblis A, bei dem schwere Sicherheitsbedenken von Experten übergangen wurden. Der von uns vor genau 10 Jahren durchgesetzte Atomkonsens sieht vor, dass beide Meiler in diesem Jahr abgeschaltet werden. Schwarz-Gelb aber will mit Tricks wie der Übertragung von Reststrommengen für den Weiterbetrieb sorgen. Das bringt den Konzernen Milliarden-Gewinne. Aber es blockiert Investitionen in die Erneuerbaren Energien, in Effizienztechnologie und Kraft-Wärme-Kopplung, setzt Hunderttausend

de Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen aufs Spiel und benachteiligt kommunale Stadtwerke im Wettbewerb. Eine Interessengruppe macht Kasse, während das Gemeinwohl auf der Strecke bleibt. **Freibrief für die Atomwirtschaft, aber Kürzung der Solarförderung** – Schwarz-Gelb verspielt den deutschen Vorsprung bei Umwelttechnologien.

Wer AKWs weiter laufen lässt, produziert große Mengen von neuem hochradioaktivem Müll. Die ungelöste Frage eines Endlagers wird Gegenstand des **Gorleben**-Untersuchungsausschusses sein, der die Manipulation von Gutachten zur Eignung des Salzstocks aufklären muss. Die gewaltigen Risiken werden auch am Fall **Asse** deutlich. Der dort versenkte radioaktive Abfall ist ein Milliardengrab. Die Sanierung droht die Steuerzahler 3,7 Milliarden Euro zu kosten. Wir fordern eine Beteiligung der Atomwirtschaft an diesen Kosten. Schwarz-Gelb verfährt nach dem Motto: Privatisierung der Atomgewinne, Sozialisierung der Entsorgungskosten. Und das in einer Zeit von Rekordverschuldung und Wirtschaftskrise.

Wie weit hier die Klientelpolitik geht, zeigt der **Fall Gerald Hennenhöfer**: Als Atomlobbyist war er die Gegenseite bei den Verhandlungen über den Atomausstieg. Der CDU-Umweltminister Röttgen, der sich gern einen schwarz-grünen Anstrich gibt, hat ihn als Abteilungsleiter ins Ministerium geholt und für die Atomaufsicht verantwortlich gemacht. Ein Schlüsselposten für die Verhandlungen über Laufzeitverlängerungen. So entsteht der Eindruck, dass uns die Atomlobby regiert.

Die solidarische Gesundheitsversorgung ist in Gefahr

Hennenhöfer ist kein Einzelfall. Auch FDP-Gesundheitsminister Rösler hat einen Chef-Lobbyisten in eine Schlüsselposition des Ministeriums gebracht. Der **Fall Christian Weber**, vormals Vize-Direktor des Verbands der Privaten Krankenversicherungen, jetzt zuständig für Grundsatzfragen der Gesundheitsreform, zeigt die Stoßrichtung von Schwarz-Gelb: Ein PKV-Mann, dessen Verband nur 10 Prozent der Versicherten vertritt, entscheidet über die Zukunft von 90 Prozent der Versicherten, mehr als 70 Millionen Menschen, die in der Gesetzlichen Krankenkasse sind. Zugleich wird **Peter Sawicki** als unabhängiger und unbequemer Leiter des Kölner Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen geschasst. Er war auch gegen die Pharmaindustrie standhaft, achtete auf den tatsächlichen Nutzen neuer Arzneimittel und half bei der Kostenkontrolle. Privatkassen und Pharmaindustrie setzen sich durch. Gesetzliche Kassen verlieren leistungsfähige Versicherte und geraten unter Kostendruck. Wieder zeigt sich das Muster von Schwarz-Gelb: Klientelinteresse vor Gemeinwohl.

In Gefahr ist unsere international hoch anerkannte solidarische Gesundheitsversorgung. **Die Zusatzprämien**, die eine Reihe von Krankenkassen jetzt angekündigt haben, **hat die CDU als Einstieg in die Kopfpauschale gefordert**. Jetzt geben sie einen bitteren Vorgeschmack auf die Ungerechtigkeit der Kopfpauschale: Sie belasten einseitig die Versicherten, während Arbeitgeber außen vor bleiben. Sie belasten Geringverdiener und viele Rentnerinnen und Rentner besonders. Denn Menschen mit wenig Geld im Portemonnaie zahlen denselben Betrag wie Gutverdiener. In einem ersten Schritt sollen 8 Euro Zusatzprämie pro Monat erhoben werden. **100 Tage Schwarz-Gelb, das heißt für Millionen Menschen 100 Euro weniger**.

Gesundheit ist das wertvollste Gut und die wichtigste Voraussetzung sozialer Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger. Und gerade hier setzen ein leichtfertiger Minister und eine vollkommen zerstrittene Regierung die Qualität der ärztlichen Versorgung für Millionen von Menschen aufs

Spiel. Wird der Wechsel in die Private Versicherung weiter begünstigt, werden Kostenbremsen weiter gelöst, kommt die Kopfpauschale, wird der Arbeitgeberbeitrag eingefroren und der soziale Ausgleich von Lasten und Risiken im Gesundheitssystem beerdigt, dann werden wir unser Land nicht wiedererkennen.

Schwarz-Gelb will so genannte „**Mehrkostenregelungen**“. Kaum ein Betroffener weiß, was das ist. Dahinter verbirgt sich die soziale Spaltung: Schon nach kurzer Zeit bekommen gesetzlich Versicherte nur noch Minimalmedizin. Gute Versorgung bekommen nur noch die, die Mehrkosten privat zahlen oder zusätzlich versichern. Das ist ein neues Geschäftsfeld für die Privatversicherer. Aber für die Menschen wird es sehr viel teurer. Und wer sich das nicht leisten kann, bekommt in der Arztpraxis und in der Klinik die Zweiklassenmedizin zu spüren. Viele werden nicht mehr rechtzeitig bekommen, was sie brauchen. Angst und Unsicherheit der Patienten nehmen zu. Ärzte werden in einen Gewissenskonflikt getrieben. Und besonders in wirtschaftlich schwächeren Regionen Deutschlands beginnt eine Abwärtsspirale aus Kostendruck bei den Kassen und Einschränkung von Leistungen. Schwarz-Gelb will diesen Weg der **regionalen Spaltung** in Deutschland ganz bewusst gehen.

100 Tage Selbstbedienung

Für Klientelpolitik und parteipolitische Vorteilssuche von Schwarz-Gelb gibt es weitere Beispiele:

- Bernd Neumann, Beauftragter für Kultur und Medien, hat als Vertreter des Bundes im Verwaltungsrat des ZDF den Missbrauch parteipolitischer Macht durch die CDU bei der Absetzung des unabhängigen ZDF-Chefredakteurs Nikolaus Brender unterstützt.
- Schwarz-Gelb hat sich in den Ministerien rund 1.000 Stellen mehr genehmigt. An vielen Stellen wurden Posten für Parteifreunde geschaffen. Im unionsgeführten Bundesverkehrsministerium ist eine Leitungsabteilung entstanden mit Referatsleitern, die nur sich selbst leiten. Das Haus hat die Zuständigkeit für den Aufbau Ost verloren, aber die Zahl der Unterabteilungen und Referate erhöht.
- Die FDP, die seit Jahren gefordert hat im Auswärtigen Amt bei den Staatssekretären zu sparen, hat persönliche Vertraute von Guido Westerwelle aus dem Parteiapparat eingesetzt und gibt jetzt mehr Geld für die Leitung aus. Die FDP hat gefordert, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit abzuschaffen, und benutzt es jetzt, um verdienten Parteisoldaten Posten zuzuschachern. Nachdem FDP-Generalsekretär Niebel als Minister und FDP-Bundesgeschäftsführer Beerfeldt als Staatssekretär mit weiteren Getreuen eingezogen waren, blieb die FDP-Parteizentrale wie ausgestorben zurück.
- Dieselbe Verlogenheit übrigens auch bei Schwarz-Gelb in Sachsen: Vor der Landtagswahl sollte der dritte Vizepräsident des Landtages abgeschafft werden. Jetzt besetzt ein FDP-Mann den Posten. Das FDP-geführte Wirtschaftsministerium hat jetzt weniger Aufgaben, bekommt aber einen zusätzlichen Staatssekretär.

2. Chaos

Das Ausmaß der Regierungsunfähigkeit in der schwarz-gelben Chaos-Koalition hat politische Freunde wie Gegner überrascht:

Koalitionsvertrag, Regierungserklärung, Klausurtagung oder Krisentreffen: Nirgendwo konnte Schwarz-Gelb auch nur die wichtigsten politischen Fragen klären. Schwarz-Gelb ist die Koalition der Kommissionen: **Noch nie hat es eine solche Verschleppung und Verzögerung von Entscheidungen gegeben.** Seehofer und Westerwelle haben zwar Duz-Freundschaft geschlossen. Sie bekämpfen sich aber bis aufs Messer. Angela Merkel erweckt den Anschein, das habe nichts mit ihr zu tun. Dass sie um ihre persönliche Popularität mehr besorgt ist, als um die politische Klärung von Zukunftsfragen, ist Merkels Anteil am Debakel dieser Regierung.

Chaos herrscht bis heute im **Fall von Erika Steinbach**. Schwarz-Gelb ist nicht in der Lage, die Frage zu beantworten, ob Frau Steinbach den Stiftungsratssitz der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ einnehmen soll. Der Fall Steinbach polarisiert. Merkel aber tut so, als sei gar nichts zu entscheiden. Sie sitzt aus und schweigt. Aber auch Unterlassung ist schuldhaftes Versagen, wenn dadurch großer Schaden entsteht. Und der Schaden für die deutsch-polnischen Beziehungen und die Arbeit einer Stiftung, die der Versöhnung dienen soll, wird jeden Tag größer.

Chaotische Zustände beim **Minister-Rücktritt in Rekordzeit**: Kaum ein paar Wochen war Franz-Josef Jung als Arbeitsminister im Amt, da musste er den Stuhl räumen, weil er als vormaliger Verteidigungsminister Parlament und Öffentlichkeit über den Luftangriff in Kundus falsch informiert hat. Bei den wachsenden Problemen auf dem Arbeitsmarkt in Zeiten der Wirtschaftskrise gingen wieder wertvolle Wochen für politisches Handeln verloren.

Chaos bei Mindestlöhnen und Arbeitsvermittlung

Doch auch unter der neuen Arbeitsministerin von der Leyen bleiben zentrale Probleme ungelöst. Der Konflikt um die Einführung von Mindestlöhnen ist vollkommen offen. Schwarz-Gelb will keinen gesetzlichen Mindestlohn, und die Allgemeinverbindlichkeit von branchenbezogenen Tarifverträgen ist heftig umstritten. Die CDU fürchtet die Auseinandersetzung mit denjenigen Unternehmen, die von Dumpinglöhnen profitieren. Ob es zu **einem Postmindestlohn, zum Mindestlohn für Leiharbeiter und Pflegekräfte** kommt, will niemand in dieser Bundesregierung beantworten. Von der Leyen laviert, die FDP blockiert. Von politischer Führungsverantwortung bei der Inhaberin der Richtlinienkompetenz im Kanzleramt keine Spur. Hunderttausende von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, darunter besonders viele Frauen, die von Armutslöhnen betroffen sind, werden hingehalten und letztlich an der Nase herum geführt.

Chaos droht bei den Job-Centern. Ende des Jahres läuft die jetzige Rechtsgrundlage für die Argen aus. Wie es danach weiter gehen soll, kann die Bundesregierung nicht beantworten. Zur Erinnerung: Nachdem das Bundesverfassungsgericht 2007 die Mischverwaltung von Bundesagentur und Kommunen als Verfassungsverstoß gewertet hat, hatten wir uns mit allen unionsregierten Ländern und mit dem Kanzleramt auf eine Verfassungsänderung verständigt, die die Job-Center abgesichert hätte. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion aber hat diese Lösung in letzter Minute torpediert – und das offenbar mit der Stimme der CDU-Abgeordneten Merkel. Eine Auflösung

der Job-Center mitten in die zunehmende Arbeitslosigkeit hinein würde zu Lasten der Menschen gehen, die Arbeit suchen. 6,5 Millionen Menschen in der Grundsicherung sind ebenso betroffen wie Zehntausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Argen. Es droht ein Verwaltungschaos mit mehr Bürokratie und einer unverantwortlichen Geldverschwendung. Ein zentraler Erfolg der Arbeitsmarktreformen, die Betreuung und Vermittlung aus einer Hand, steht wieder auf dem Spiel. Ursula von der Leyen ist mit ihrem Projekt einer Auflösung der Job-Center jetzt am Einspruch des Landes Hessen gescheitert. Die Bundesregierung muss jetzt zur Vernunft kommen. Wir bieten unsere Unterstützung für eine Änderung der Verfassung an.

Schuldenchaos

Das größte Risiko nach 100 Tagen Schwarz-Gelb ist das vollkommen außer Kontrolle geratene Schuldenchaos. Bundesfinanzminister Schäuble hat für 2010 einen historischen Negativrekord von rund 86 Milliarden Euro Neuverschuldung präsentiert. Bei einem Gesamthaushalt von 328 Milliarden. Das ist zu einem großen Teil Folge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Die Zuschüsse an die Bundesagentur für Arbeit und an die Gesetzlichen Krankenkassen sind unvermeidlich, um soziale Verwerfungen zu vermeiden. Unverantwortlich aber ist, dass Schwarz-Gelb in dieser kritischen Situation zusätzliche **Steuersenkungen auf Pump**, darunter abenteuerliche Klientelgeschenke für die Hotellerie und eine bis an den Rand der Verfassungswidrigkeit führende Überprivilegierung von Erben, auf den Haushalt lädt. Das im Schönsprech so genannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“, das nichts als ein Schuldenbeschleunigungsgesetz ist, raubt allein den Städten und Gemeinden noch einmal 1,6 Milliarden Euro. Verantwortungslos ist auch, dass Schwarz-Gelb sich weigert, sehr hohe Einkommen und Finanzmarktakteure an den Krisenkosten zu beteiligen.

Das schwarze Loch des strukturellen Defizits für die kommenden Jahre beträgt 60 Milliarden Euro. Ab 2011 sind jedes Jahr 13 bis 15 Milliarden Euro einzusparen. Angela Merkel aber verweigert jede Aussage, wo gespart werden soll. **Schwarz-Gelb ist im finanzpolitischen Blindflug**, Bund, Ländern und Kommunen droht der Absturz. Denn es kommen zusätzliche Finanzrisiken hinzu:

- eine für 2011 geplante Steuerreform, die 20 Milliarden kosten soll und wiederum vor allem Besserverdiener bedient
- eine Erhöhung des jetzt niedrigen Zinsniveaus würde den ohnehin steigenden Schuldendienst noch einmal in die Höhe treiben
- die mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Regelsätzen der Grundsicherung am 9. Februar zu erwartenden Mehrkosten und die Bürokratiekosten, die eine Zerschlagung der Job-Center mit sich bringt
- eine Ausweitung des Niedriglohnsektors, der zusätzliche Kosten für ergänzende Sozialleistungen mit sich bringt
- die Kosten für die Sanierung der Atommüllkippe Asse von 3,7 Milliarden Euro

- das bildungspolitisch kontraproduktive „Betreuungsgeld“, das wie eine Prämie dafür wirkt, Kinder vom Lernen mit anderen Kindern fernzuhalten, das die Integration von Einwandererkindern erschwert und das den Bund weitere 1,9 Milliarden Euro kostet
- und schließlich die jeden Rahmen sprengenden Kosten der Kopfpauschale im Gesundheitssystem, die 20 bis 35 Milliarden Euro an Sozialausgleich aus Steuermitteln erfordert.

3. Wähler-Täuschung

Die Verweigerung von politischen Entscheidungen ist kein Zufall. Das Chaos hat Methode. Schwarz-Gelb spekuliert darauf, den finanzpolitischen Offenbarungseid, die sozialen Einschnitte und den Systembruch bei der Gesundheitsversorgung bis auf die Zeit nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai zu verschieben. Merkel will ihre Bundesratsmehrheit retten. Noch einmal 100 Tage soll einschläferndes Wohlgefühl verbreitet werden. Dann heißt es: Die Kassen sind leer. Dann wird es zuerst an den Sozialhaushalt gehen. Aber auch die Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Klimaschutz und Erneuerbare Energien sind gefährdet.

Schwarz-Gelb arbeitet mit der Methode des politischen Betrugs. **Am Ende wird der Bruch des zentralen Wahlversprechens stehen: Die Mehrheit der Menschen in Deutschland wird nicht „mehr Netto vom Brutto“ haben, sie wird weniger haben.** Schwarz-Gelb wird teuer.

- Die Ausweitung der Niedriglöhne und die Verweigerung von Mindestlöhnen wird das Lohnniveau in Deutschland drücken.
- Die Entsolidarisierung im Gesundheitssystem wird die ärztliche Versorgung für die meisten verschlechtern. Sie wird außerdem steigende Prämien mit sich bringen.
- Während Einkommenssteuern sinken sollen, steigt das Risiko höherer Sozialabgaben.
- Die finanzielle Notlage der Kommunen führt zur Erhöhung von Preisen und Gebühren für Nahverkehr, Wasserversorgung, Kultureinrichtungen.
- Gebühren für Bildung, in der Kita, an den Hochschulen, belasten Familien mit Kindern.
- Und wenn alles nichts hilft, wird auch die Erhöhung von Verbrauchssteuern auf der Tagesordnung stehen.

4. Deutschland drohen wirtschaftliche Lähmung und soziale Spaltung

- Wer die öffentliche Hand lahm legt, der setzt dringend erforderliche Zukunftsinvestitionen aufs Spiel.
- Wer das Lohnniveau drückt, drückt auch Kaufkraft und Binnennachfrage.
- Wer ökologische Standards aus dem Vergaberecht entfernt, verhindert gezielte Nachfrage nach Effizienztechnologie.
- Wer wie Schwarz-Gelb aus dem Konjunkturprogramm das Zusätzlichkeitserfordernis streicht, entfernt den Hebel zu neuem Wachstum und neuen Aufträgen für das Handwerk.
- Wer bei der Arbeitsmarktpolitik Milliarden einsparen will, gibt die aktive Beschäftigungspolitik preis und Hunderttausende von Arbeitslosen auf.
- Wer wie Schwarz-Gelb auf geringe Zuverdienste zur Sozialhilfe und auf Niedriglöhne plus Transferleistungen setzt, der gibt das Leitbild auskömmlicher Arbeit auf, verstärkt die Prekarisierung der Arbeitswelt und zieht Millionen von erwerbstätigen Menschen in die Bedürftigkeit.
- Wer Gebühren für Bildung nimmt, treibt den Keil zwischen denen, die gute Chancen haben, und denen, die schon am Start aussortiert werden, immer tiefer.
- Schwarz-Gelb stellt die Weichen falsch. Diese Regierung droht Deutschland wirtschaftlich zu lähmen und sozial zu spalten.

Wir fordern:

- Ein Ende der Klientelpolitik. Die sofortige Rücknahme des Steuerprivilegs auf Hotelübernachtungen. Das spart eine Milliarde Euro, die wir für Zukunftsinvestitionen einsetzen können.
- Den Stopp der Kopfpauschale, die Sicherung unserer solidarischen Gesundheitsversorgung, die Kostenkontrolle bei Bürokratie und Arzneimittelpreisen.
- Die verfassungsrechtliche Absicherung der Job-Center. Wir sind zu zügigen Verhandlungen über eine Grundgesetzänderung bereit.
- Fortschritte bei der Einführung von Mindestlöhnen. Auch um Kosten für staatliche Lohnsubventionen zu begrenzen. Die Beschäftigten brauchen schnelle Ergebnisse für den Postmindestlohn, für den Pflegemindestlohn, für den Mindestlohn in der Leiharbeit.
- Die Absage an eine unbezahlbare Steuerreform, die mit einem Stufentarif den Ausstieg aus der Steuerprogression einleitet und Besserverdiener stark begünstigt, während viele

Menschen von Steuersenkungen so gut wie gar nichts haben. Stattdessen müssen wir uns darauf konzentrieren, die Abgabenlast der unteren und mittleren Einkommen zu senken.

- Eine offene und ehrliche Debatte über die Finanzlage von Bund, Ländern und Kommunen, mit der Bereitschaft, sehr hohe Einkommen von über 125.000 Euro über einen „Bildungssoli“ und spekulative Börsengeschäfte mit einer Finanztransaktionssteuer an Zukunftsinvestitionen zu beteiligen.
- Die Steigerung der Bildungsinvestitionen um 10 Milliarden Euro jährlich. Bessere Betreuungsrelationen, Gebührenfreiheit von Kitas und Ausbau der Ganztagsbetreuung.
- Die Umsetzung des Atomkonsenses und eine Investitionsoffensive für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien.
- Beherztes Handeln bei der Regulierung der Finanzmärkte. Deutschland war 2008 und 2009 Vorreiter bei Vorschlägen für neue Regeln einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung. Wir haben die Agenda der G20-Beratungen bestimmt und Druck gemacht. Nach 100 Tagen Schwarz-Gelb ist Deutschland nur noch stummer Zaungast. Die USA und Großbritannien haben die Führung übernommen, wo es um die Besteuerung von Bonuszahlungen und die Beteiligung der Finanzwirtschaft an den Kosten der Krise geht.

Bosch-Chef Franz Fehrenbach hat den Großbanken vorgeworfen, keine Lehren aus der internationalen Finanzmarktkrise gezogen zu haben: "Wir sehen bei vielen internationalen Großbanken keine Verhaltensänderungen oder überzeugende Änderungen in ihren Geschäftsmodellen". „Dass selbst staatlich aufgefangene Großinstitute wieder zu üppigen Bonuszahlungen schreiten, ist dafür ein Indiz und erschwert es sehr, dass sich wieder ein belastbares Vertrauensverhältnis entwickeln kann."

Diese Mahnung eines der erfolgreichsten und innovativsten deutschen Industrieunternehmen ist ein Alarmzeichen. Wir brauchen wieder Mut zu politischen Entscheidungen.



TOPTHEMA

Rettungsschirm für Kommunen

SPD legt Antikrisenpaket vor

Deutschland ist nicht aus der Wirtschaftskrise heraus. Nach dem historischen Einbruch von minus 5 Prozent im Jahr 2009 wächst das Risiko ansteigender Arbeitslosigkeit. Bund und Länder, Städte und Gemeinden müssen massiv wegbrechende Steuereinnahmen verkraften. Unser Land droht Schaden zu nehmen. Doch die schwarz-gelbe Chaos-Koalition ist handlungsunfähig. Und sie weckt Zweifel daran, ob sie überhaupt vier Jahre gemeinsam durchhalten kann. Was wir jetzt endlich wieder brauchen, das sind Verantwortung und Bewegung, Mut und Entscheidungskraft in der Politik.

In einer gemeinsamen Aktuellen Stunde mit den Grünen zum Thema „Rettungsschirm für die Kommunen vor dem Hintergrund von Haushaltslage und schwarzgelben Steuersenkungsplänen“ konnten die Redner der SPD-Bundestagsfraktion deutlich machen, dass die SPD den Kommunen zur Seite steht. Frank-Walter Steinmeier spitzte die Situation mit folgenden Worten zu: die Mövenpick-Hotels werden durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz neue Schwimmbäder bauen können und auf der anderen Seite müssen Städte städtische Schwimmbäder schließen. Das kann doch keine sinnvolle Politik sein. Wer eine bürgerliche Politik der Mitte machen will, der muss auch die Verantwortung für die 82 Millionen Menschen in den Städten und Gemeinden tragen und nicht nur für ihre eigene Klientel.

Rettungsschirm für Kommunen – 4 Milliarden Euro gegen die Notlage

Wir brauchen Bewegung für die Kommunen. Viele Städte und Gemeinden sind in einer akuten Notlage. Wir sehen es seit Monaten. Nach 4,5 Milliarden Euro in 2009 erwarten die Kommunalen Spitzenverbände für das Jahr 2010 ein Rekorddefizit von 12 Milliarden Euro.

Wichtige Leistungen der Kommunen bei Bildung, Integration, Verkehr, Kultur stehen auf dem Spiel: Investitionen in Schulen oder Verkehrswege, die gestrichen werden. Der Ausbau der Betreuungsplätze, der gefährdet ist. Kindergärten, die Gebühren erhöhen. Müll- oder Abwasserentsorgung, die teurer werden. Schwimmbäder, die im nächsten Sommer geschlossen bleiben. Kultureinrichtungen und Theater, in denen der letzte Vorhang fällt. Die Gefahr eines Kollapses der Kommunen ist sehr konkret. Die Bundesregierung hat all das mit verantwortungslosen Steuerprivilegien für Klientelgruppen noch schlimmer gemacht. Jetzt darf keine Zeit mehr mit taktischen Spielchen verschwendet werden. Wir müssen helfen und handeln.

Bund und Länder müssen ein kommunales Antikrisenpaket von insgesamt 4 Mrd. Euro für die nächsten zwei Jahre auflegen.

- Die Bundesregierung muss das Mehrwertsteuerprivileg für Hoteliers rückgängig machen und dafür sorgen, dass die Kommunen eine volle Kompensation für ihre durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz entstandenen Einnahmeausfälle von 1,6 Milliarden Euro pro Jahr erhalten.
- Zur kurzfristigen Stabilisierung der Finanzlage der Kommunen muss der Bund zusätzlich und befristet auf zwei Jahre seine Beteiligung an den Kosten der Unterkunft um 3 Prozentpunkte anheben. Dies ergäbe rund 400 Millionen Euro pro Jahr für die Kommunen.
- Wir fordern den Stopp aller von der schwarz-gelben Koalition beabsichtigten weiteren Vorhaben für Steuersenkungen. Allein die vollzogenen und angekündigten Veränderungen bei der Einkommensbesteuerung summieren sich auf Einnahmeausfälle für die Kommunen



in Höhe von rund 4 Milliarden Euro jährlich.

Darüber hinaus muss klar sein: Die Länder müssen ihre Verpflichtung zu einer auskömmlichen Finanzierung der Kommunen erfüllen. Während einige Länder gezielte Hilfen für Kommunen in extremer Haushaltsnotlage gewähren und die Mittel des kommunalen Finanzausgleichs verstetigen, verweigern insbesondere schwarz-gelb regierte Länder den Kommunen die dringend erforderliche Hilfe. Dies gilt ganz besonders für Nordrhein-Westfalen.

Pfeiler des Zusammenlebens drohen einzustürzen

Der Deutsche Städtetag veröffentlichte am 2. Februar 2010 Beispiele für Konsolidierungsmaßnahmen in ausgewählten Städten. Demnach sollen beispielsweise in Duisburg die Hundesteuer erhöht werden, ebenso die Eintrittspreise für Schwimmbäder, Konzerte und Theater. Weiterhin sollen die Elternbeiträge für Kita- und Hortbetreuung erhöht werden. In Wuppertal sollen die Zuschüsse im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich um 1,1 Millionen Euro gekürzt werden, um 2 Millionen Euro der Betriebskostenzuschuss an die Wuppertaler Bühnen. Das Schauspielhaus soll als Spielstätte aufgegeben werden. Insgesamt fünf Schwimmbäder sollen geschlossen werden. Auch hier werden höhere Elternbeiträge für Kitas und Ganztagschulen vorgesehen.

So und ähnlich sieht es in vielen Städten und Gemeinden aus. Die Bundesregierung lässt die Kommunen im Stich, um sinnlose Steuergeschenke verteilen zu können. Außerdem schwebt über den Kommunen noch das Damoklesschwert einer Abschaffung der Gewerbesteuer. Schwarz-Gelb treibt die Kommunen in den Ruin – und davor warnen sozialdemokratische ebenso wie christdemokratische Oberbürgermeister, denn der drohende Bankrott der Kommunen trifft alle. Wenn die Kommunen ihrer Sorge für das wirtschaftliche Wohl der Einwohner (also Märkte und Messen, Gewerbeansiedlung, Verkehrswege, ÖPNV, Energie- und Wasserversorgung usw.), das kulturelle (Kindergärten und Horte, Schulträgerschaft, Musik- und Volkshochschulen, Bibliotheken, Museen, Theater, Sportstätten) und das soziale (Armenfürsorge, Altenpflege, Krankenhäuser, Suchtberatung) Wohl nicht mehr nachkommen können, werden die Pfeiler des Zusammenlebens hier in Deutschland einstürzen.

Weitere Informationen zum Rettungsschirm für Kommunen unter www.spdfraktion.de

ARBEIT

Kündigungsschutz bei Bagatelldelikten verbessern

Der Schutz von langjährigen und verdienten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor Bagatellkündigungen ist auch eine Frage der Würde. Wir haben deshalb einen Gesetzentwurf zur Erweiterung des Kündigungsschutzes (Drs. 17/648) vorgelegt. Wir haben die Beispiele alle noch vor Augen: Mitarbeitern wird wegen Entwendung eines belegten Brötchens, eines Pfandbons in Höhe von 1,30 Euro oder von ein paar Maultaschen, die im Müll gelandet wären, gekündigt. Ohne Rücksicht auf lange Jahre im Betrieb, in denen es keine Beschwerden gab und offenbar ein Vertrauensverhältnis gewachsen war. Und in der Arbeitslosigkeit wird wegen eigenen Verschuldens vorübergehend auch noch das Arbeitslosengeld verweigert. Im vergangenen Bundestagswahlkampf haben viele Politiker über diese Unverhältnismäßigkeit geklagt. Empörung zu Wahlkampzzwecken aber reicht nicht. Wir müssen auch etwas ändern.



Wir wollen mit der von uns angestrebten gesetzlichen Klarstellung Beschäftigte vor Kündigungen wegen sogenannter Bagatelldelikte besser schützen. Eine Kündigung ist immer ultima ratio. Das Kündigungsrecht kennt normalerweise bei Fehlverhalten das Prinzip der zweiten Chance. Deswegen treten wir dafür ein, dass bei Fällen mit nur geringem wirtschaftlichem Schaden zunächst nur eine Abmahnung ausgesprochen werden darf.

Es kann nicht sein, dass Steuerhinterziehungen mit einem Schaden von hunderten Millionen Euro noch immer als Kavaliersdelikte angesehen werden, während gleichzeitig Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Arbeit verlieren, wenn sie während der Arbeit auf Kosten des Arbeitgebers ein Brötchen oder ein Stück Kuchen essen. Unsere Gesellschaft muss Maß und Mitte wiedergewinnen. Wir müssen das Bewusstsein für unerträgliche Ungerechtigkeit schärfen.

AUSSEN

Das neue Afghanistan-Mandat: Wende zur Abzugsperspektive

In dieser Woche hat Außenminister Westerwelle eine Regierungserklärung zu den Ergebnissen der Londoner Afghanistan-Konferenz abgegeben. Zugleich haben wir in erster Lesung über ein verändertes Mandat zur weiteren Beteiligung der Bundeswehr an der internationalen Schutztruppe ISAF beraten.

Wir haben als Sozialdemokraten unsere Vorschläge zum weiteren Vorgehen in Afghanistan in einem Positionspapier dargelegt. Die Bundesregierung hat etwas länger gebraucht, um ihre eigenen Vorstellungen zu entwickeln. Sie hat dabei ganz offensichtlich von unseren Vorarbeiten profitiert. Zentrale Forderungen der SPD wurden übernommen. Das betrifft zum Beispiel die Verdopplung der Mittel für den zivilen Wiederaufbau und die Erhöhung der Zahl der Ausbilder für die afghanischen Sicherheitskräfte. Die Bundesregierung hat sich auch unsere Forderung zu Eigen gemacht, in sicheren Distrikten so schnell wie möglich mit der Übergabe der Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände zu beginnen. Und auch in Bezug auf die von uns geforderte Abzugsperspektive hat die Regierung eingelenkt und angekündigt, der Abzug solle 2011 beginnen. Auf einen Zeitkorridor für die Beendigung des Einsatzes will die Regierung sich nicht festlegen. Aber Kanzlerin und Außenminister haben inzwischen einhellig erklärt, dass sie die afghanische Regierung darin unterstützen, bis 2014 die volle Sicherheitsverantwortung ohne ausländische Streitkräfte zu übernehmen. Angesichts der reflexhaften Empörung, die unser Vorschlag eines Korridors für den Abzug der Bundeswehr zwischen 2013 und 2015 am Anfang ausgelöst hat, ist das eine bemerkenswerte Entwicklung.

Wir werden bis zur abschließenden Beratung am 26. Februar den Antrag für das neue ISAF-Mandat in Ruhe kritisch anschauen und dann verantwortungsvoll entscheiden. Bis zur endgültigen Abstimmung muss die Bundesregierung auch noch erklären, wofür die vorgesehene Reserve von 350 Soldaten vorgesehen ist.

Ausführliche Informationen zu unseren Positionen unter www.spdfraktion.de/afghanistan